

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag
Reihe: Politikwissenschaften

Band 58

Daniel Baron

Das schwere Los der Demokratie

Chancen und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren

**WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE
AUS DEM TECTUM VERLAG**

Reihe Politikwissenschaften

**WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE
AUS DEM TECTUM VERLAG**

Reihe Politikwissenschaften

Band 58

Daniel Baron

Das schwere Los der Demokratie

Chancen und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren

Tectum Verlag

D82

Daniel Baron

Das schwere Los der Demokratie. Chancen und Grenzen zufallsbasierter
Beteiligungsverfahren

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe: Politikwissenschaften; Band 58

Zugl. Univ. Diss., RWTH Aachen 2013

Umschlagabbildung: © shutterstock.com - VikaSuh

Eingereicht unter dem Originaltitel: Das schwere Los der Demokratie.
Potentiale und Grenzen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren in Zeiten
sozialer Unsicherheit.

© Tectum Verlag Marburg, 2014

ISBN 978-3-8288-6022-3

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch
unter der ISBN 978-3-8288-3348-7 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

www.facebook.com/tectum.verlag

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Theoretische und Konzeptionelle Ausgangslage	4
1.2	Argumentativer Aufbau.....	11
1.3	Ein optionalistischer Politikbegriff und das Begründungsparadoxon	15
1.4	Interdisziplinäre Ausrichtung und Methodik	21
2	Perspektiven der aleatorischen Demokratietheorie	25
2.1	Theoretische Grundpositionen	31
2.2	Gegenwärtige Anwendungsformen	35
2.2.1	Planungszelle.....	36
2.2.2	Bürgerhaushalt	39
2.2.3	Deliberative Opinion Poll.....	40
2.2.4	European House of Lots (Konzept).....	42
2.2.5	Zusammenfassende Typologie	44
2.3	Empirische und normative Diskussionskontexte.....	47

2.3.1	Politische Entzweigung in der Publikumsdemokratie.....	48
2.3.2	Deliberationstheoretische Anknüpfungspunkte.....	50
2.3.3	Die Frage nach der Spiegelbildlichkeit aleatorischer Gremien	56
2.3.4	Verpflichtende Losgremienteilnahme	62
2.4	Zwischenfazit	65
3.	Politische Partizipation im Kontext sozialer Prekarität ...	71
3.1	Naturalistische Perspektiven auf Armut und Reichtum in der Antike.....	75
3.2	Die Soziale Frage – Historischer und gegenwartsdiagnostischer Abriss.....	82
3.2.1	Säkularisierung der sozialen Frage	83
3.2.2	Armengesetze, Frühsozialismus und Sozialstatistik.....	87
3.2.3	Die Politisierung der sozialen Frage im 18. Jahrhundert.....	93
3.2.4	Prekarität und ihre Folgen für politische Beteiligung im 21. Jahrhundert	97
3.3	Die Selektivitäten des Losens	106
3.3.1	Empirische Befunde zur Verzerrungs- und Selektivitätsproblematik	108
3.3.2	Systematischer Ausschluss der von Undercoverage betroffenen Personen.....	113
3.3.3	Selbstselektion versus Spiegelbildlichkeit	118
3.4	Sozialstrukturelle Sensibilisierung der aleatorischen Demokratietheorie	122

4.	Verpflichtende oder freiwillige Lotterien?	127
4.1	Verpflichtung als Ultima ratio.....	134
4.2	Ein liberal-republikanischer Verpflichtungsbegriff	140
4.2.1	Die Wahlpflicht-Debatte.....	141
4.2.2	Samaritismus und das Gebot der Fairness	146
4.2.3	Liberalistische Exit-Optionen	156
4.2.4	Politische Selbstaufklärung als republikanisches Ideal	158
4.3	Verpflichtende Lotterieteilnahme auf Widerruf.....	162
4.4	Spiegelbildliche Repräsentativität durch Verpflichtung auf Widerruf?.....	165
5.	Minimalistische statt spiegelbildliche Repräsentation..	173
5.1	Von der spiegelbildlichen zur politischen Repräsentation	178
5.1.1	Pitkins vierdimensionale Repräsentationsanalyse.....	179
5.1.2	Formale Repräsentation	181
5.1.3	Spiegelbildliche Repräsentation.....	183
5.1.4	Symbolische Repräsentation	187
5.1.5	Substantielle Repräsentation	194
5.2	Minimalistische Repräsentation	198
5.2.1	Die Pluralisierung politischer Repräsentationsverhältnisse ..	200
5.2.2	Neue soziale Bewegungen als Prototypen minimalistischer Repräsentation.....	205
5.2.3	Politische Repräsentation auf kleinstmöglicher Ebene	208
5.2.4	Fetischisierungsgefahren	211

5.3	Was ist Öffentlichkeit in der aleatorisch ergänzten Demokratie?	216
6.	Politische Selbstaufklärung als Output	221
6.1.	Politisches Handeln im „Zeitalter der Kontingenz“ (Bauman)	228
6.1.1	Chance versus Widerfahrnis.....	229
6.1.2	Soziale Bedingtheit des Kontingenzbewusstseins	231
6.1.3	Politisches Handeln und Ambivalenz.....	233
6.2	Ein reformuliertes Output-Verständnis.....	236
6.2.1	Kybernetik und Funktionalismus	237
6.2.2	Eastons klassische Systemanalyse	239
6.2.3	Politischer Support.....	241
6.2.4	Politischer Output in der komplexen Demokratie	243
6.2.5	Das Los der Demokratie als sprachlich vermitteltes Symbol	247
6.3	Der Homo aleatoricus als idealtypisches Beteiligungssubjekt	252
6.3.1	Soziale Determinanten der Partizipation: (Des-)Integration	254
6.3.2	Psychische Determinanten: Selbstwirksamkeitsüberzeugungen	256
6.3.3	Kulturelle und sozialisatorische Dimension: Politication.....	257
6.3.4	Affirmative und kritische Potentiale des Idealtypus	259
6.4	Ein zweiwertiger Output-Begriff	267

7.	Volkssouveränität, Konstituierung, Deliberation.....	271
7.1	Volkssouveränität und konstitutionelle Selbstbindung	273
7.2	Aleatorische Verfassungskonvente	278
7.3	Deliberation und demokratische Einbettung.....	279
7.4	Fazit	282
8	Literaturverzeichnis	289
9	Nachwort.....	329

Katharina Horriar gewidmet, meiner Großmutter

1 Einleitung

„Der Grundgesichtspunkt für die Beurteilung irgendeines [politischen] Verfahrens ist die Gerechtigkeit seiner wahrscheinlichen Ergebnisse.“
(John Rawls, „Eine Theorie der Gerechtigkeit“, S. 261)

Ob auf kommunaler, bundesstaatlicher oder aber nationalstaatlicher Ebene – in den vergangenen gut dreißig Jahren hat der Zufallsmechanismus als Instrument für die Rekrutierung politischen Personals zunehmend an praktischer Relevanz gewonnen, nachdem es zuvor gut fünf Jahrhundertlang in einen tiefen „Dornröschenschlaf“ gefallen war (Buchstein 2009b: 191–226). Angesichts dieser langen Zeitspanne, in der das Los als politische Ämterrekrutierungsprozedur kaum zum Einsatz kam, drängt sich nunmehr die empirische Frage auf, inwieweit die Anwendung des Zufallsprinzips im Bereich direktdemokratischer Gremien angesichts zunehmender sozialer Ungleichheiten infolge von Flexibilisierungs- und Prekarisierungstendenzen auf den westlichen Arbeitsmärkten Aussicht auf Erfolg hat. Konkret gefragt: Wie weit tragen die legitimatoischen Säulen politischer Lotterien (Buchstein 2012) in Anbetracht der sich wandelnden sozialen Kontextbedingungen in den etablierten Demokratien?

Neben diesem empirischen Problem steht zu vermuten, dass sich in Anbetracht der Anreicherung elektoral organisierter Ge-

meinwesen mit zufallsbasierten Beteiligungsverfahren¹ die politiktheoretischen Kernkonzepte zur Beschreibung und normativen Analyse demokratischer Prozeduren verändern werden. Es wäre also in einem zweiten Schritt zu fragen, welche Wirkungen sich aus dem Einzug des Loses in die Prozeduren und damit den Alltag etablierter parlamentarischer Demokratien für die demokratietheoretisch zentralen Begriffe Partizipation, Verpflichtung, Repräsentation, politischer Output und Souveränität ergeben. Diese beiden Fragenkomplexe gilt es in dieser Studie aufzuarbeiten unter der umfassenden Zielsetzung, das Projekt einer bislang in Grundzügen ausgearbeiteten *aleatorischen Demokratietheorie* (Buchstein 2009a, 2009b; Buchstein/Hein 2009b) einen Schritt voranzubringen – sowohl mit Blick auf die empirischen als auch auf die normativen Implikationen gegenwärtiger Anwendungsformen politischer Lotterien.

1.1 Theoretische und Konzeptionelle Ausgangslage

Infolge des Bedeutungsgewinns rationalistischer Politik- und Demokratietheorien gerieten politische Lotterien,² die in der griechi-

1 Aleatorisch leitet sich ab von „alea“, der Würfel. Konzeptionelle, theoretische und normative Arbeiten, die sich mit der Ausgestaltung politischer Losverfahren beschäftigen, werden unter dem von Hubertus Buchstein geprägten Begriff „aleatorische Demokratietheorie“ zusammengefasst. Anders als Buchsteins Pionierarbeit befasst sich die hier vorliegende Studie ausschließlich mit zufallsbasierten Prozeduren, die der Gewinnung politischen Personals für die Besetzung deliberativer Gremien dienen („aleatorische Beteiligungsverfahren“). Gute Überblicke über Losverfahren als Entscheidungshilfen in politischen Sach- und Verteilungsfragen liefern Duxbury (1999) und Stone (2007).

2 Der Begriff *Politische Lotterien* wird hier synonym verwendet zu aleatorische beziehungsweise *zufallsbasierte Beteiligungsverfahren*. Diese Gleichsetzung ist aus methodisch-sozialwissenschaftlicher Sicht nicht ganz korrekt, da Lotterien dem klassischen „Urnen-Verständnis“ von Zufallsziehungen zufolge nur für die Ziehung sehr kleiner Stichproben praktikabel ist (Schnell et al. 2011: 270). Um die sprachliche Bandbreite zu erhöhen,

schen Polis viel stärker als Wahlprozeduren zur Ämterrekrutierung genutzt wurden, mit Beginn der Neuzeit nahezu vollständig in Vergessenheit (Headlam 1891: 1f.). Ihre Neuerfindung, die sich seit den 1970er Jahren vor allem in den auf lokaler Ebene angewandten Planungszellen (Dienel 2002) und den auf bundes- und nationalstaatlicher Ebene angesiedelten Deliberative Opinion Polls (Fishkin 1995) niederschlägt, mutet daher überraschend an. Seit dem Erscheinen detaillierter theoretischer und konzeptioneller Studien in den vergangenen gut fünf Jahren wie etwa Oliver Dowdens „The Political Potential of Sortition“ (Dowden 2008), Peter Stones „The Luck of the Draw“ (Stone 2011) und insbesondere Hubertus Buchsteins Werk „Demokratie und Lotterie“ (Buchstein 2009b) kann mit einigem Recht sogar von einer „demokratiethoretischen Renaissance“ (Linden/Thaa 2011: 30) politischer Losverfahren gesprochen werden.

Doch beim zweiten Hinsehen mutet die Wiederentdeckung politischer Lotterien im Allgemeinen und zufallsbasierter Beteiligungsverfahren im Besonderen weitaus weniger überraschend an als zunächst zu vermuten wäre. Auch wenn sich so manch traditionelles Partizipationsmuster beibehalten hat, wie die Wahl- und Parteienforschung zeigt (Gabriel/Niedermayer 2001), sinken hingegen einem allgemeinen Trend zufolge die Wahlbeteiligungen in den etablierten Demokratien seit den 1990er Jahren zusehends (Arzheimer 2002; Bauman 1999; Torcal/Montero 2006), konvergieren angesichts der Medialisierung politischer Prozesse politische nicht mehr

lehne ich mich hingegen an die klassische, breite Definition einer Lotterie bei Thomas Gataker an: „A lot is some chance event purposely applied to the deciding of some doubt; and, A [sic] lottery is the deciding or settling of some question or controversy by such chance outcomes considered as they are such.“ (Gataker 2008: 11) Als „doubt“, der durch aleatorische Beteiligungsverfahren entschieden werden soll, kann in der Gegenwart die kontingente Haltung der Bürger zum politischen Beteiligt-sein-wollen aufgefasst werden (vgl. Kapitel 6). Paradox ist jedoch, dass in der hier zugrunde gelegten optionalistischen Lesart nicht das Los diesen partizipatorischen Zweifel entscheidet, sondern der Bürger selbst. Dies setzt freilich voraus, dass die Teilnahme an den aus politischen Lotterien resultierenden Gremien freiwillig erfolgt (vgl. Kapitel 4).

zwingend mit sozialen Konfliktlinien (Manin 2007: 308) und prädestiniert das Aufwachsen in bestimmten sozialen Milieus nicht mehr das Einschlagen einer professionellen politischen Laufbahn (Borchert 2003). Diese politischen Krisenphänomene der etablierten Demokratien gehen mit zunehmenden Spannungen auf der sozialen Ebene einher: Eine seit gut zwanzig Jahren zu beobachtende Prekarisierung der Arbeitswelt wirkt sich zusehends verunsichernd auf individuelle Biographien, Lebensentwürfe und damit auch auf die politischen Selbstwahrnehmungen vieler Bürger aus (Beck 1986; Castel 2008b). Die Wiederbelebung längst als ausgetreten erscheinender prozeduraler Pfade scheint daher für die Legitimierung der etablierten partizipativen Demokratien ein Gebot der Stunde.³

Wenn es zutrifft, dass sich die gegenwärtigen sozialen Umwälzungen, mit denen die etablierten Demokratien konfrontiert sind, auf die Beteiligungsbereitschaft der Bürger an den öffentlichen Beratungs- und Entscheidungsprozeduren des politischen Gemeinwesens – sei dies auf kommunaler, bundesstaatlicher, nationalstaatlicher oder aber, seit jüngstem, auf supranationaler Ebene – unmittelbar auswirken,⁴ so hat dies tiefgreifende Konsequenzen für die legitimatorische Fundierung aleatorischer Teilnahmeverfahren. Die Initiatoren politischer Lotterien können sich folglich kaum mehr sicher sein, überall und jederzeit auf partizipationsbereite Bürger zu treffen – denn die Frage nach dem politischen Beteiligtsein-wollen wird in Zeiten sozialer Unsicherheit nicht lediglich an den Rändern, sondern vor allem in der Mitte der Gesellschaft zunehmend prekär (Kronauer 2008; Vogel 2008b).

Zurecht hat Hubertus Buchstein daher in Anlehnung an John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit darauf hingewiesen, die legitime

3 Dass politische Lotterien auch in neu entstehenden beziehungsweise vergleichsweise jungen Demokratien wie etwa in jenen des Maghreb und des Nahen Ostens eine partizipatorische Alternative darstellen könnten, soll hier nicht geleugnet werden, bedarf jedoch einer eigenständigen Untersuchung.

4 Diese These vertritt zum Beispiel Robert Castel (2008b: 364).

Durchführung aleatorischer Beteiligungsverfahren sei auf gerechte Durchführungskontexte angewiesen (Buchstein 2009b: 260).⁵, doch welcher Durchführungskontext ist schon derart „gerecht“, dass er die Abhaltung politischer Lotterien und damit die prozedurale Herstellung politischer Gleichheit legitimieren könnte?⁶ Nähme man die aleatorische Demokratietheorie hier beim Wort, so wäre der „strikte Egalitarismus“ (Buchstein, vgl. Fußnote 6), der mit dem politischen Los einhergeht, mit den empirisch feststellbaren sozialen Ungleichheiten nur schwerlich zu vereinbaren.⁷ Diese Vermutung

-
- 5 „Dies ist der in systematischer Hinsicht erste wichtige und auch überzeugende Punkt von Rawls. Prozeduren reiner Verfahrensgerechtigkeit [hierzuhin zählt Rawls das Los, DB] können nicht im luftleeren Raum existieren. Sondern müssen auf einem gerechten Institutionensystem aufruhren. Nur auf der Basis einer gerechten Grundstruktur der Gesellschaft, wozu Rawls gerechte ökonomische und soziale Institutionen und eine gerechte politische Verfassung zählt, können Prozeduren der reinen Verfahrensgerechtigkeit auch als gerechte Verfahren fungieren. Als Prozedur der reinen Verfahrensgerechtigkeit ist das Lösen auf einen bereits gerechten Kontext angewiesen, um sein Gerechtigkeitspotential zur Geltung zu bringen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass in Situationen, in denen ein strikter Egalitarismus nicht gerecht ist, auch der Losgebrauch verfehlt wäre.“ (Buchstein 2009b: 260)
- 6 In eine ähnliche Richtung wie diese Fragestellung zielt Olaf Bocks Kritik, die aleatorische Demokratietheorie weise ein „probabilistisches Apriori“ auf, da sie bestimmte methodische und statistische Funktionen des Zufallsprinzips voraussetzt, „ohne die Bedingungen der Möglichkeit ihrer Verwendung situativ und konzeptionell zu berücksichtigen“ (Bock 2013).
- 7 Rawls postuliert unter dem Stichwort Differenzprinzip, dass soziale Unterschiede nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie (a) der Wohlfahrt der am schlechtesten begüterten Bürger zugutekommen und wenn (b) diese in einer solchen Gesellschaft auftreten, in der allen Bürgern alle politischen Ämter offen stehen (Rawls 1973: 83). Konstitutionell mag vor allem letztere Erfordernis in den etablierten Demokratien weitgehend erfüllt sein. Was hingegen die faktische Beteiligung und politische Vertretung politisch schwacher Interessen angeht, so ist das Differenzprinzip bislang weitgehend unerfüllt geblieben (Linden/Thaa 2009; Vester 2008; Willems/von Winter 2000).

wird plausibler, wenn man berücksichtigt, dass unkonventionelle Beteiligungsformen wie etwa Online-Protestformen oder aber Teilnahme an Demonstrationen sozial deutlich selektiver sind als die konventionelle Beteiligungsform *par excellence*, politische Wahlteilnahme. So konnte (Bödeker 2012: 46f.) anhand der Analyse von ALLBUS-Daten zeigen, dass der Index, der das Repräsentationsverhältnis von hoch- und niedriggebildeten Person zueinander widergibt, bei den genannten unkonventionellen Beteiligungsformen deutlich zuungunsten geringqualifizierter Personen ausfällt: Im Falle von Online-Protesten kommen auf eine gering qualifizierte Person etwa zwölf hochqualifizierte, bei Demonstrationen tritt ein Verhältnis von etwa eins zu vier auf, während es bei der Wahlteilnahme fast ausgeglichen ist (Bödeker 2012: 47). Vor dem Hintergrund allein dieser knappen Resultate wäre bereits zu erwarten, dass aleatorische Beteiligungsverfahren, wenn man sie zu den unkonventionellen Formen politischer Beteiligung zählt, soziale Ungleichheit in politische umwandeln statt politische Gleichheit zu stärken (zum Zielkonflikt zwischen politischer Gleichheit und Beteiligung vgl. Schäfer/Schön 2012).

Wenn nun aber soziale Ungleichheiten durch zufallsbasierte Beteiligungsverfahren in politische Ungleichheiten transformiert zu werden drohen – etwa in Form einer statistischen Unterrepräsentation politisch Exkludierter infolge von Undercoverage- oder aber Selbstselektionseffekten⁸ – braucht sich der Legitimationsvorsprung politischer Lotterien gegenüber klassischen Beteiligungsverfahren rasch auf. Um dieses Legitimationsdefizit auszugleichen, böte sich die Implementierung umfassender Verpflichtungsregelungen als der vermutlich einfachste und eleganteste Weg an. Hubertus Buchstein und Michael Hein schlagen einen solchen im Zuge ihres

8 Undercoverage bedeutet die methodisch oder aber stichprobenziehungstechnisch bedingte Untererfassung einzelner Bevölkerungsgruppen im Zuge des Losprocedures, Selbstselektion hingegen der interessenbasierte Selbstausschluss einzelner Akteure aus dem Ziehungsprozess. Auf beide Aspekte wird im späteren Verlauf vertiefend eingegangen (vgl. insbesondere Abschnitt 3.3).

Konzepts für ein *European House of Lots* vor: Um die Überrepräsentation politisch interessierter Bürger in einem solchen, noch zu verwirklichenden, Gremium zu vermeiden, sollten sowohl die Registrierung zur jeweiligen Lotterie als auch die Beteiligung an der hieraus resultierenden Loskammer verpflichtend geregelt werden, wobei legitime soziale Verweigerungsgründe möglichst eng gefasst werden sollten (Buchstein/Hein 2009a, 2009b, 2010). Aus einem liberalen und zugleich pluralistischen Demokratieverständnis mutet es jedoch höchst fragwürdig an, die sozialen Bedingungen individueller politischer Beteiligungsbereitschaft prozedural einfach kaltzustellen; zumal im Falle eines Ämterbestellungsverfahrens, das, anders als klassische Wahlverfahren, ohne den sichtbaren Akt politischer Delegation beziehungsweise Mandatsausstattung der per Los Rekrutierten auskommen muss.

Auch wenn empirische Rekurse auf die politisch-partizipativen Konsequenzen, die aus sozialer Ungleichheit und Prekarisierung resultieren, innerhalb der aleatorischen Demokratietheorie bislang ausgeblieben sind, scheint sie sich implizit dieses Problems bewusst zu sein. Anders wäre nicht zu erklären, dass sie sowohl am politischen Gleichheitsideal als auch am Ideal annähernd verwirklichter spiegelbildlicher Repräsentativität, also dem Ideal einer nahezu vollständigen sozialstrukturellen Spiegelung zwischen Gremium und sozialer Grundgesamtheit, festhält (Buchstein 2009a, 2009b: 393ff., 2012: 361ff.; Burnheim 1987: 27f.; Fishkin 1995: 37f.). Beide normative Rahmungen normativ außer Kraft zu setzen, würde allerdings bedeuten, über das Ziel einer pointierten immanenten Kritik aleatorischer Teilnahmeverfahren hinauszuschießen. Was es vielmehr bedarf, um die Vorzüge politischer Lotterien im Vergleich zu klassischen Wahlverfahren normativ und empirisch klarer als bislang herauszustellen, ist, ihren freiheits- und urteilkraftstiftenden Charakter gegenüber letzteren argumentativ zu stärken.

Was aleatorische Teilnahmeverfahren im Vergleich zu klassischen Wahlprozeduren vor allem leisten können, so die hier auf Basis normativ-theoretischer, empirischer und methodischer Überlegungen auszuarbeitende These, ist, die öffentliche und damit

sprachlich vermittelte Selbstaufklärung der Bürger hinsichtlich ihrer individuellen Haltungen zur Frage nach dem politischen Beteiligtsein-wollen zu stärken:⁹ *Stell' Dir vor, es ist politische Lotterie – würdest Du teilnehmen?* Diese für die gelingende politische Integration aleatorisch ergänzter parlamentarischer Demokratien grundlegende, weil zu politischer Reflexion anregende, Frage würde als legitimatorische Stütze vollends ausfallen, würden politische Lotterien einseitig auf die legitimatorischen Grundpfeiler *prozedural hergestellter Gleichheit* und *spiegelbildlicher Repräsentation* gefußt. Aleatorische Teilnahmeverfahren stellen demnach weniger Garanten einer stärkeren Beteiligung, denn Ermöglichungsräume vorpolitischer Aushandlungen über die individuellen Haltungen zur „Frage der Demokratie“ (Lefort 1990) dar. Ohne diese vorpolitische, kommunikativ sich vollziehende Selbstbindung der Bürger würden diese durch die Initiatoren und Befürworter des aleatorischen Reformprojekts politisch bevormundet statt zu souveränen, weil autonom urteilenden Konstituenten der um zufallsbasierte Teilnahmeverfahren ergänzten Gemeinwesen zu werden.

Die Lesart politischer Lotterien als Ermöglichungsräume vorpolitischer, selbstbindender Aufklärung der Öffentlichkeit setzt jedoch nicht nur die empirische Aufarbeitung der sozialselektiven Durchführungskontexte, sondern auch eine Auseinandersetzung mit zentralen demokratietheoretischen Konzepten voraus, die den normativen Rahmen legitimer politischer Lotterien bilden: Beteiligungspflicht, Repräsentation, politischer Output und Souveränität. Die vorgelegte Studie versteht sich daher als ein interdisziplinärer Beitrag zur konstruktiven Weiterentwicklung, nicht aber zum völligen Verwerfen der Idee einer theoretischen und praktischen Revitalisierung der gerade erst wiederentdeckten politischen Losverfahren in sozial unsicheren Zeiten, in denen jeder Bürger zur Politik gehen kann, aber niemand muss (Holzinger 2006). Die in einzelnen Untersuchungsschritten zur Anwendung kommenden Forschungs-

9 Mit dieser These greife ich einen argumentativen Faden auf, den ich gegen Ende meiner Masterarbeit ausgelegt habe (Baron 2011a).

ansätze speisen sich dabei aus unterschiedlichsten Perspektiven: Soziologisch-gegenwartsdiagnostische Analysen flexibilisierter und prekarisierter Lebenslagen treffen auf Befunde der empirisch-quantitativen Sozialforschung und deren reichen methodischen Fundus zum Aspekt zufallsbasierter Beteiligungsverfahren; liberal-republikanischen Überlegungen zum Aspekt der Verpflichtung von Bürgern zu politischer Gremienarbeit stehen in unmittelbarer Verbindung mit neueren und klassischen Beiträgen im Bereich der Theorie politischer Repräsentationsverhältnisse; klassische und aktuelle Ansätze zu den Aspekten politischer Input und Output sowie zu Fragen der Volkssouveränität bilden die Grundlagen für die spätere Skizzierung der aufklärerischen, um nicht zu sagen „epistemischen“ (Jürgen Habermas) Potentiale politischer Lotterien.¹⁰ Diese heterogenen Ansätze werden hier zwischen den Klammern eines *optionalistischen Politikverständnisses* (Thaa 2011b; Volk 2010) in eine – vorläufige – Synthese überführt, weshalb zunächst einige Anmerkungen zum argumentativen Aufbau der Studie erlaubt seien.

1.2 Argumentativer Aufbau

Im Rahmen der Aufarbeitung des konzeptionellen wie auch des theoretischen Forschungsstandes werden die soeben postulierten methodischen, empirischen und normativen Inkonsistenzen im Zuge einer eröffnenden Rekonstruktion der aleatorischen Demokratietheorie schrittweise aufgezeigt (vgl. Kapitel 2). Im zweiten Analy-

10 Das epistemische Potential politischer Beteiligungs- und Beratungsverfahren äußert sich Habermas zufolge in einer Kompetenzsteigerung und einer Formierung politischer Präferenzen unter den Bürgern (Habermas 2008b: 148–155). In dieser Studie wird jedoch nicht lediglich die Reflexion auf politische Sachfragen sondern vor allem, wie bereits dargelegt, die Reflexion der Bürger über ihre subjektiven Haltungen gegenüber den Ordnungs- und Organisationsstrukturen sowie den sinnhaften Grundwerten, die das Gemeinwesen umrahmen, unter diese epistemische Dimension gefasst (vgl. Kapitel 6).

seschritt wird der gegenwartsdiagnostische und empirisch-metho-
dische Analysehorizont entfaltet, vor dem im späteren Verlauf das
spiegelbildliche Repräsentationsideal und das hieran gekoppelte
Plädoyer für die Einführung einer rigiden Verpflichtungsregelung
einer konzeptionellen Kritik unterzogen. Unter Bezugnahme auf
soziologisch-empirische Befunde zur *Säkularisierung der sozialen
Frage* (Castel 2008b) und der darauf fußenden Analyse einer Pre-
karisierung sozialer Lebenslagen (Dörre 2009; Krämer 2009; Vogel
2008b) sowie methodischer Befunde zum Problem systematischer
und selbstselektiver Stichprobenausfälle im Bereich der sozialwis-
senschaftlichen Umfrageforschung (Schnell 1991, 1993, 1997, 2012;
Schnell et al. 2011) wird die aleatorische Demokratietheorie mit der
sozialen Bedingtheit des Ausmaßes individuellen politischen Inter-
esses und damit der Selbstselektivität losbasierter Beteiligungspro-
zeduren konfrontiert (vgl. Kapitel 3).

Im Anschluss an die empirische Konfrontation der Forderung
der aleatorischen Demokratietheorie nach zufallsbasierter Beteili-
gung prinzipiell aller Bürger und nach spiegelbildlicher Repräsen-
tation mit den sozialen Selektivitäten des Losens ergibt sich die
Notwendigkeit einer normativen Neu- bzw. Feinjustierung der zen-
tralen demokratietheoretischen Begriffe und Konzepte, die für legi-
time politische Lotterien eine grundlegende Rolle spielen: Politische
Verpflichtung, Repräsentation, Output und Souveränität. Stark ver-
einfacht gesagt, geht es in den vier nachfolgenden Kapiteln darum,
die aleatorische Demokratietheorie angesichts besagter Selektivitä-
ten von ihrer Input-Orientierung – gleiche Beteiligung Aller, spie-
gelbildliche Repräsentativität – stärker als bisher auf die Output-Di-
mension politischer Prozesse auszurichten. Dabei soll jedoch nicht
das klassische materielle Output-Verständnis – politische Entschei-
dungen, Gesetze, Beschlüsse zur Steigerung des allgemeinen Wohl-
stands – sondern die immaterielle Dimension, also die Stärkung der
politisch-aufklärenden Funktion politischer Prozesse, im Fokus ste-
hen.

Der argumentative Weg zu dieser normativen Neujustierung
der aleatorischen Demokratietheorie sieht, grob skizziert, wie folgt

aus. Ausgehend von der durch Hegel angeregten Theorie politischer Anerkennungs- und Sittlichkeit (Honneth 1992, 1994, 2011), der liberalistischen Verpflichtungstheorie (Klosko 2008; Rawls 1971, 1973; Wellman 2001) sowie des politischen Republikanismus (Petit 1997, 2000; Richter 2004) wird zunächst das analytische Feld für eine flexible Verpflichtungs- beziehungsweise Widerspruchsregelung abgesteckt (vgl. Kapitel 4). Die Arbeitshypothese für diesen Analyseschritt lautet, dass aleatorische Beteiligungsverfahren Anspruch auf Legitimität vor allem dann erheben können, wenn die Zustimmung der Bürger zum aleatorischen Reformprojekt durch diese selbstbestimmt und kommunikativ hervorgebracht wird. Eine rigide Verpflichtungsregel, die sowohl die Registrierung zu als auch die Teilnahme an politischen Lotterien umfasst, stünden dieser optionalistischen Lesart politischer Legitimität (vgl. Abschnitt 1.3) diametral entgegen.

Ausgehend von diesen normativen Grundlagen des Teilnahmemodus wird daraufhin der Versuch unternommen, das spiegelbildliche Repräsentationsideal mit einem politisch-minimalistischen zu ergänzen, mit dem Ziel, die legitimatorische Leerstelle zu füllen, die die vorangegangene doppelte Kritik des spiegelbildlichen Repräsentationsideals einerseits und der rigiden Verpflichtungsregelung andererseits hinterlassen hat. Ausgehend von Hanna F. Pitkins (1967) systematischer Gegenüberstellung von Repräsentation *als Darstellung*¹¹ und Repräsentation *als Handeln* wird die Debatte zugunsten eines optionalistischen Politik- und Repräsentationsverständnisses geöffnet, in dessen Mittelpunkt der Bürger nicht lediglich als statistische Kenngröße, sondern auch und vor allem als autonom urteilendes und politisch handelndes Subjekt steht (vgl. Kapitel 5). In einer mit aleatorischen Beteiligungsverfahren angereicherten parlamentarischen Demokratie sollte die Gewährleistung *selbstbestimmter* und *selbstgewählter* Repräsentationsverhältnisse oberstes Legitimationsprinzip für eine politische Integration des Gemeinwesens

11 Neben spiegelbildliche fällt hierunter die Kategorie der symbolischen Repräsentation (Pitkin 1967: 92-111)

auf allen Ebenen des politischen Systems darstellen. Das innovative Potential aleatorischer Beteiligungsverfahren besteht demnach vor allem darin, dass sie politische Repräsentationsverhältnisse pluralisieren und somit für die Beteiligung auch jener Bürger öffnen, die sich vermutlich nie haben ausmalen können, dass sie selbst einmal zu politisch verantwortlichen Akteuren – wenn auch nur auf Zeit – werden können. Um diese Option demokratietheoretisch umrahmen zu können, ist eine Fokusverschiebung notwendig: Weg von auf bloßer Darstellung bedachten spiegelbildlichen hin zu genuin politischen Repräsentationsverhältnisse – selbst wenn sich diese lediglich auf minimalem Raum, also zwischen zufällig rekrutierten Repräsentanten und deren Familienangehörigen, Freunden und Bekannten abspielen.

So innovativ und vielversprechend aleatorische Beteiligungsverfahren als Optionen politischer Beteiligung vor dem Hintergrund einer wachsenden Entzweiung zwischen Regierenden und Regierten in etablierten Demokratien anmuten – um ihr aufklärungsstiftendes Potential entfalten zu können, sollten sie stärker als dies bislang der Fall ist in öffentliche Debatten um den Stellenwert politischer Beteiligung in komplexer werdenden, prekären Sozialumwelten eingebracht werden. Hierzu wird im sechsten Kapitel ausgehend von der Zuspitzung der gegenwartssoziologischen Befunde zur Prekarisierung der Sozialwelt auf die These des *Kontingentwerdens politischer Beteiligungsoptionen* (Bauman 1999, 2005, 2006) eine zweiwertige Lesart der politischen Output-Dimension im Kontext politischer Lotterien herausgearbeitet: Nicht lediglich der sowohl von klassischen als auch von neueren Theorien des politischen Systems in den Fokus gerückte *materielle* Output politischer Beratungs- und Entscheidungsgremien, sondern auch deren *immaterielle*, sich in Form von politischer Selbstaufklärung und Kompetenzsteigerung anbietende, Output könnte zukünftig eine zentrale legitimatorische Stütze aleatorischer Beteiligungsverfahren bilden. Unter dem Schlagwort Homo aleatoricus werden dabei in knapper Form die handlungstheoretischen Grundlinien des idealtypischen Teilnahmesubjekts gezeichnet. Mithilfe dieses Modells lassen sich,

neben den in besagtem Kapitel unternommenen normativen Überlegungen, Anknüpfungspunkte für die empirische Analyse der „Akteurkonstellationen“ (Fritz Scharpf) innerhalb zufällig rekrutierter Entscheidungsgremien und deren Wirkungen auf das Zustandekommen situationspezifischer materieller und immaterieller Outputs herstellen (vgl. Kapitel 6).

Dies setzt wiederum auf demokratiethoretischer Ebene voraus, die Bürger als Konstituenten einer sich bereits im Gange befindenden, politisch gestaltbaren *aleatorischen Reform* der parlamentarischen Prozeduren und Institutionen in den etablierten Demokratien zu verstehen. Hierzu werden im letzten Kapitel jüngere Konzepte der Volkssouveränität (Habermas 2006: 209ff.; Maus 2011) und der konstitutionellen Selbstbindungsfigur (Elster 1984; Buchstein 1994) herangezogen, um darauf fußend die Idee einer durch aleatorische Konvente begleiteten, maßvollen parlamentarischen *Reform etablierter Demokratien aus sich selbst heraus* zu entwickeln, die vor den sozialen Herausforderungen der Gegenwart nicht kapituliert, sondern diesen auf politischem, kreativem Wege zu trotzen lernt (vgl. Kapitel 7).

1.3 Ein optionalistischer Politikbegriff und das Begründungsparadoxon

Der klassischen demokratiethoretischen Ansicht zufolge gewinnen Wahlprozeduren und damit politische Entscheidungen in den etablierten Demokratien ihre Legitimität dadurch, dass die Bürger einen Teil ihrer Souveränität an die von ihnen gewählten Vertreter abgeben und sich so eines Teils ihres Rechts auf direkte Regierungsausübung zumindest solange entledigen, bis die nächste Wahl ansteht oder aber die Regierung per Misstrauensvotum o.ä. abgesetzt wird. Im Zuge politischer Lotterien entfällt dieser Akt der Mandatsübertragung der Bürger an gewählte Vertreter jedoch, weshalb in einer um aleatorische Elemente angereicherten parlamentarischen De-

mokratie über andere Formen der Beauftragung beziehungsweise deren legitimierenden *Begründung* nachgedacht werden muss.

Dem mancherorts technizistischen Politikverständnis, das die aleatorische Demokratietheorie vor allem dann an den Tag legt, wenn sie sozialstrukturelle Spiegelbildlichkeit zum einer der zentralen normativen Rahmungen zufallsbasierter Beteiligungsverfahren erhebt (Buchstein 2009a, 2012), wird daher im Folgenden ein Begriff des Politischen gegenübergestellt, der die Sphäre der Öffentlichkeit als jenen zentralen Ort versteht, an dem die Bürger die Gestaltung des Gemeinwesens, in dem sie leben, autonom und deliberativ gestalten, und wo demnach das demokratisch-sittlichkeitsstiftende Urteilen der Bürger über die *Sache des Gemeinwesens* bestenfalls *ermöglicht*, nicht aber erzwungen werden kann. Inspirationen gewinnt dieses „optionalistische“ Politikverständnis (Winfried Thaa) aus den Überlegungen von so unterschiedlichen Denkern wie etwa den französischen Radikaldemokraten Claude Lefort und Marcel Gauchet einerseits (Lefort 1990; Lefort/Gauchet 1990) sowie Hannah Arends liberal-republikanischer Theorie des Politischen andererseits (Arendt 2000b, 2003a, 2003b). Anwendungsgebiete dieses Politikbegriffs finden sich etwa mit Blick auf Probleme des politischen Handelns (Thaa 2008) und der *nachholenden Gründung politischer Gemeinwesen* (Rödel et al. 1989), der Frage nach der Ermöglichung freiheitsstiftender politischer Institutionalisierung (Förster 2009) oder aber im Umgang mit repräsentationstheoretischen Fragestellungen (Thaa 2011b; Urbinati 2006).¹²

12 Ein späterer Ausblick (vgl. Abschnitt 1.4) befasst sich mit den methodischen Schwierigkeiten, die zu erwarten sind, wenn dieser optionalistische Politikbegriff und die auf ihm fußenden normativen Betrachtungen der aleatorischen Demokratietheorie in den späteren Kapiteln dieser Studie mit den auf rationalistischen Sozialtheorien beruhend Befunden der empirischen und methodischen Begleitforschung in der quantitativ orientierten Sozialforschung (Schnell 1991; Schnell 1993; Schnell 1997; Schnell 2012) angereichert werden. Diesen zu erwartenden Schwierigkeiten zum Trotz ist ein Erfahrungsaustausch mit den Befunden und methodischen Erfahrungen der empirischen Sozialforschung mit zufallsbasierten Beteiligungs-

Vor dem Hintergrund dieses optionalistischen Politikverständnisses sollen im Folgenden die im Vergleich zu klassischen demokratischen Beteiligungsprozeduren ungleich größeren legitimationsstiftenden Potentiale aleatorischer Beteiligungsverfahren deutlicher zutage treten als dies in Anbetracht des derzeitigen Ausarbeitungsstandes der aleatorischen Demokratietheorie bislang der Fall ist. Damit handelt sich die aleatorische Demokratietheorie jedoch das Problem ein, dass politische Lotterien nicht unbegründet, also unter Absehung einer demokratischen Beteiligung und Selbstbindung der Bürger an das aleatorische Reformprojekt, in die bestehenden Institutionen und Prozeduren der etablierten Demokratien eingespeist werden können. Dieses im Folgenden näher auszuarbeitende *Begründungsparadoxon* wird die im Laufe dieser Studie vorzunehmende Analyse der konzeptionellen Folgen einer aleatorischen Reform für demokratietheoretisch zentrale Aspekte – politische Partizipation, Verpflichtung, Repräsentation, Output, Souveränität – bei gleichzeitiger empirischer Betrachtung der Realisierungschancen legitimer politischer Lotterien umrahmen.

Der Vorzug aleatorischer Beteiligungsverfahren gegenüber Wahlprozeduren, so hat Jürgen Förster jüngst zurecht angemerkt, liegt aus der Perspektive eines optionalistischen Politikbegriffs vor allem darin, dass diese im Unterschied zu Erstgenannten weniger die willentliche denn die politisch-kommunikative Dimension politischer Ordnungsbildung adressieren (Förster 2009: 462ff.):¹³ Bürger verstünden sich im Kontext politischer Lotterien weniger als bevormundete Subjekte eines nach Souveränität gierenden Leviathans, so Förster, denn als gleichberechtigte, politisch urteilende Teilnehmer an „den öffentlichen Belangen und an der Gestaltung der gemeinsamen Welt“, da sie in Anbetracht der Möglichkeit, ausgelost

verfahren angesichts der vorhin aufgezeigten empirischen und methodischen Unzulänglichkeiten der aleatorischen Demokratietheorie geboten.

13 Förster bezieht sich dabei auf das Beispiel Porto Alegre, wo Ende der 1980er Jahre erstmals in großem Rahmen Lotterieverfahren als Rekrutierungsprozedur eingesetzt wurden, um Bürger an den kommunalen Haushaltsberatungen zu beteiligen (Förster 2009: 463).

zu werden, jederzeit damit rechnen müssen, ein qualifiziertes Urteil über ihr Beteiligt-sein-wollen abzugeben (Förster 2009: 464). Förster sieht damit politische Lotterien, zumindest der Tendenz nach, als konzeptionelle Weiterentwicklung des Rätegedankens, der sich bereits in Hannah Arendts Untersuchungen über die politischen Revolutionen der Neuzeit findet (Arendt 1972: 230-233, 1994; Förster 2009: 460-467).

Die Anziehungskraft dieser Verknüpfung des Rätegedankens mit der Idee einer häufigeren Durchführung politischer Lotterien in den politischen Systemen der Gegenwart speist sich zu einem großen Teil aus dem hohen Grad der – vermeintlichen – Spontaneität, der beiden Institutionen beziehungsweise Prozeduren häufig zugeschrieben wird. So führt Arendt im Rahmen ihrer Revolutionsstudien aus, dass demokratische Räte „never came into being as a result of a conscious revolutionary tradition or theory, but entirely spontaneously, each time as though there had never been anything of the sort before.“ (Arendt 1972: 231). Im von Arendt als weitgehend frei von sozialen Spannungen und damit aus ihrer Sicht als beispielhaft verlaufenden Akt der politischen Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika gelangte die Idee des Räteystems in Form eines spontanen, weitgehend ungeplanter verfassungsgebender Konvente zu voller Blüte. Doch ihr „trauriges Schicksal“ (Arendt) war es zugleich, dass sie „immer wieder prompt der Vergessenheit“ anheimfiel (Arendt 1994: 319f.).

Die Ergänzung parlamentarischer Demokratien mit aleatorischen Beteiligungsverfahren dürfte diesem Idealbild wundersamer politischer Neugründung hingegen kaum entsprechen. Angesichts der notwendigen Einbettung aleatorischer Beteiligungsverfahren in bestehende institutionelle Rahmungen – Parlamente, Parteien, Verfassungen, Recht, Massenmedien – gleicht diese weniger einem – wie im Falle der amerikanischen Staatsneugründung – *bei Null beginnenden* Revolutions- denn einem langwierigen Reformprojekt.¹⁴

14 Für die Geschichte der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geht diese Feststellung einher mit der historischen Auffälligkeit, dass es

Auf den ersten Blick zeigt sich hier eine tiefgehende Trennlinie zwischen einer empirisch sensibilisierten Perspektive auf die aleatorische Demokratietheorie und Arendts liberal-republikanischer Theorie des politischen Handelns, insbesondere ihrer Revolutionstheorie: Die Betonung der prozeduralen Gleichheit der Bürger unter dem Regime aleatorischer Beteiligungsverfahren – prinzipiell jeder Bürger gilt unter Absehung von seinem sozialen Status als Kandidat – läuft Arendts Annahme augenscheinlich zuwider, wonach gerade der Einzug der Armen, Elenden, der aus reiner körperlicher Notwendigkeit Agierenden das Reich der politischen Freiheit zu zerstören droht (Arendt 1994: 74f.). Diese vermeintliche Trennlinie löst sich jedoch auf, wenn man bedenkt, dass Arendt die Armutssproblematik und deren Wirkung auf politische Revolutionen weniger elitistisch, denn mit Blick auf deren entwürdigenden Konnotationen betrachtete. Vor allem im Zuge der Französischen Revolution offenbarte sich das Dilemma, wonach die Armen bestenfalls als Steigbügelhalter der politisch Revoltierenden herhielten ohne je über eine eigene, autonome politische Stimme zu verfügen (Arendt 1994: 115ff.; Mettam/Johnson 1974: 79–83; Volk 2010: 80–90). Gewiss wäre es zu weit gegriffen, Arendt hier als Verfechterin einer sozialen Demokratie zu verstehen – der Durchmischung des Poli-

eine umfassende, intendierte und erfolgreiche freiheitliche Revolution, die von den Bürgern selbst ausgegangen wäre und die den Urgrund für die Institutionalisierung der bundesrepublikanischen Demokratie hätte darstellen können, bislang nie gegeben hat (Saage 2005): Die Revolution von 1848 verlief infolge der Bismarck'schen Bekämpfung des politischen Einflusses der Parteien demokratiepolitisch weitgehend im Sande, die Revolutionsräte der Jahre 1918/19 konnten die erste Demokratie in der Weimarer Republik nicht nachhaltig stabilisieren (Saage 2005: 185–210), während die demokratische Revolution in der DDR gut einhundertfünfzig Jahre später bestenfalls eine *halbierte Revolution* darstellte: Angestoßen durch den wahrhaftigen Freiheitsdrang unzähliger DDR-Bürger, die sich mutig gegen das Unrechtsregime der SED aufgelehnt hatten, mündete sie letztlich in einen bürokratisch korrekt ausgeführten Akt der Wiedereingliederung einst vom Westteil Deutschlands abgetrennter Territorialgebiete (Habermas 1990: 216).

tischen mit dem Sozialen stand sie skeptisch bis völlig ablehnend gegenüber (Pitkin 1981). Eine empirisch und gegenwartsdiagnostische angereicherte Perspektive auf die sozial ungleichen Durchführungskontexte politischer Lotterien muss sich mit einer voraussetzungsreichen Theorie politischen Handelns und Urteilens jedoch nicht per se ausschließen, wie vor allem in Kapitel 3 deutlich werden wird.

Abgesehen hiervon bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass politische Lotterien, gerade mit Blick auf ihren irrationalen Verfahrenskern, stets eines außerordentlich hohen rationalen Aufwandes bedürfen, um ihre Rechtmäßigkeit und Legitimität sowohl im Vorfeld ihrer Implementierung als auch im Verlauf ihrer Durchführung fortlaufend zu reflektieren und zu begründen. Sie sind folglich nicht *an sich* irrational, sondern weisen einen *politisch-arationalen* Charakter auf (Dowlen 2008: 12ff.).¹⁵ Im späteren Verlauf dieser Studie wird dieses arationale *Begründungsparadoxon* politischer Lotterien zwar nicht aufgelöst werden können, auf Basis eines deliberativ unterfütterten Volkssouveränitätsbegriffs, der seinen normativen Ausgangspunkt in der Betonung der politischen und sozialen Pluralität hat, soll es jedoch produktiv gewendet werden: Nicht der plötzliche revolutionäre Bruch, sondern die rationale, idealiter alle Bevölkerungsgruppen einbeziehende Beratung der Bürger in aleatorischen Verfassungskonventen stellt neben den bereits bestehenden legitimatorischen Stützpfälern (Buchstein 2012: 361ff.) eine wichtige prozedurale Voraussetzung für die zukünftige politische Gestaltung des aleatorischen Reformprojekts dar (vgl. Kapitel 7).

15 Früheste Überlegungen hierzu finden sich im 17. Jahrhundert bei Thomas Gataker (2008: 8–13). Später hat John Elster (1984; 1989) dieses Phänomen zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur rationalen Selbstbindungsfähigkeit sozialer Akteure gemacht.

1.4 Interdisziplinäre Ausrichtung und Methodik

Die vorgestellte Argumentation ist vor dem Hintergrund dieses optionalistischen Politikverständnisses und geknüpft an eine empirische Vergegenwärtigung der sozialen, *prekären* Durchführungskontexte politischer Lotterien somit auf die Durchleuchtung mehrerer Problemkomplexe hin angelegt. So sollen, wie bereits eingangs erwähnt, einerseits die Realisierungschancen legitimer politischer Lotterien in Zeiten sozialer Prekarisierung betrachtet und andererseits die Folgen einer aleatorischen Anreicherung parlamentarischer Prozeduren auf zentrale demokratietheoretische Konzepte – Partizipation, politische Verpflichtung, Repräsentation, Output und Souveränität – kritisch untersucht werden. Diese Vorgehensweise entspringt nicht der Willkür des Verfassers, sondern wurde bewusst gewählt, auch wenn dadurch die tiefgehende Fokussierung auf einen einzigen Aspekt – zum Beispiel die Frage nach dem Repräsentationsbegriff – erschwert wird. Der Grund hierfür ist ein recht simpler: Innerhalb dieses noch recht jungen Zweigs der Demokratietheorie gibt es einfach noch zu viele offene, unbearbeitete theoretische wie auch empirische Problemfelder, die die Rede von einer *kohärenten* Theorie erschweren.¹⁶

Angereichert und verkompliziert zugleich wird die gewählte Analyserichtung folglich dadurch, dass zum Zwecke der empirischen Erdung der prozeduralen und normativen Überlegungen an vielen Stellen dieser Arbeit sowohl auf methodische und empirische Befunde zum Problem der Selektivität zufallsbasierter Stichprobenbeziehungen in der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung (Hoffmeyer-Zlotnik 2000; Lohr 2010; Schnell 1991, 1993, 1997) als auch auf sozialhistorische und gegenwartssoziologische Studien zur Prekarisierung der modernen Sozial- und Arbeitswelt (Castel 2008b;

16 Einen ersten Überblick über die einzelnen bislang weitgehend unverbunden nebeneinanderstehenden Problem- und Analysedimensionen der aleatorischen Demokratietheorie liefert Antoine Vergne im zweiten Kapitel seiner inspirierenden Dissertation (Vergne 2011: 17–46). Ein eigener Ansatz hierfür wird in Kapitel 2 vorgelegt.

Castel/Dörre 2009; von Hippel 1995) zurückgegriffen wird. Damit soll nicht suggeriert werden, die aleatorische Demokratietheorie leide unter Empirieblindheit – im Gegenteil. Mit Blick auf die Befunde zur Stärkung politischer Kompetenz und Legitimität durch die Abhaltung deliberativer Gremien steht die aleatorische Demokratietheorie auf recht stabilem empirischen Fundament (Buchstein 2009a, 2009b: 365–373; Talpin 2011). Und auch die historische Aufarbeitung politischer Lotterien ist bereits sehr weit vorangeschritten (Buchstein 2009b: 17–226; Dowlen 2008; Headlam 1891).

Hingegen ist die aleatorische Demokratietheorie bislang nur wenig sensibilisiert für die verfahrenstechnisch, das heißt methodisch und sozial bedingten Ursachen der Selektivitäten des Losens; ein Umstand, der weitgehend daraus resultiert, dass praktische Erfahrungen mit zufallsbasierten Beteiligungsverfahren jüngeren Datums im politischen Feld – bis auf jene der Deliberative Opinion Polls und der Planungszellen beziehungsweise Citizen Juries (Fishkin 1995; Fishkin/Luskin 1999; Forschungsstelle Bürgerbeteiligung 2007, 2009) – kaum vorhanden sind. Daher sollen im späteren Verlauf der Studie (vgl. Kapitel 3) empirische und methodische Erfahrungen mit den Selektivitäten des Losens aus anderen Anwendungsfeldern – vornehmlich aus der Praxis zufallsgestützter sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsumfragen – in die Diskussion eingebunden werden, was wiederum eine Übersetzung sozialwissenschaftlich-methodischer Begrifflichkeiten in die Sprache der aleatorischen Demokratietheorie erfordert. Kurz: Im Folgenden treffen an vielen Stellen genuin quantitativ-soziologische Befunde und Überlegungen auf prozedurale und normative Überlegungen, die sich aus der oben skizzierten optionalistischen Perspektive auf politisches Handeln speisen – und umgekehrt.

In der Vergangenheit wurde das Verhältnis zwischen kritisch-theoretischen einerseits und naturwissenschaftlich-positivistisch inspirierten Ansätzen andererseits immer wieder Gegenstand tiefgreifender methodologischer Diskussionen und Kontroversen. Das Stichwort Positivismusstreit sollte hier genügen (Adorno et al. 1972). Wenn es zutreffen sollte, dass sich „Sozialwissenschaften und Philo-

sophie inzwischen weiter voneinander entfernt haben, als es sich die Väter der kritischen Theorie hätten vorstellen können“ (Habermas 2008a: 7), so stellt diese Arbeit *auch* den Versuch dar, eine, zugebenermaßen noch wacklige, Brücke zwischen politisch-theoretischen Ansätzen, wissenschaftsskeptischen Perspektiven und Methoden der quantitativen Sozialforschung zu schlagen.¹⁷

17 Ohne hier die früheren Diskussionen vertiefend aufgreifen zu können, wird im Zuge des sechsten Kapitels und der dortigen Herausarbeitung des handlungstheoretischen Modells des Homo aleatoricus cursorisch auf die sowohl *affirmativen* als auch *kritischen* Implikationen (Habermas 1963a; Habermas 1963b) der dortigen Überlegungen in der gebotenen Kürze eingegangen werden (vgl. Abschnitt 6.3.4).

